

E-Voting für politische Wahlen in Österreich Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken aus Sicht der verantwortlichen Politiker und IT-Verantwortlichen

Björn Heppner, Alexander Prosser

Abteilung für Produktionsmanagement
Wirtschaftsuniversität Wien
<http://www.e-voting.at>, <http://prodman.wu-wien.ac.at>

Schlagnote: E-Voting, Wahlen, SWOT-Analyse

Abstract: Die auf breiter Basis geführte Diskussion über mögliche Vor- und Nachteile der Einführung der E-Voting-Technologie für politische Wahlen behandelt viele verschiedene Teilaspekte aus den verschiedensten Sichtweisen. In diesem Paper werden aus der Diskussion die wichtigsten Aspekte extrahiert, neutralisiert und aus Sicht des Staates als Dienstleister mit Hilfe der SWOT-Analyse untersucht. Wie werden die einzelnen Punkte, zum Beispiel eine mögliche Veränderung der Wahlbeteiligung von den Verantwortlichen im Staat gesehen? Aufgrund der Ergebnisse der im Herbst 2005 durchgeführten Befragung von Politikern und IT-Verantwortlichen der Länder und Gemeinden in ganz Österreich durch die Autoren wird dieser Frage in Bezug auf die vorher identifizierten Faktoren detailliert nachgegangen. So wird ein Überblick über die Sichtweise der Verantwortlichen in Bezug auf die E-Voting-Technologie generiert und analysiert. Wie ist die allgemeine Einstellung zum Thema E-Voting für politische Wahlen wirklich? – Sind die Verantwortlichen in Österreich bereit für eine solche Einführung?

1. Einleitung

Die mögliche Einführung der E-Voting-Technologie für politische Wahlen ist begleitet von einer breiten Diskussion über die Vor- und Nachteile bzw Chancen und Risiken dieser innovativen Technologie. Diese Diskussion scheint sich oft mehr um Teilaspekte zu drehen, denn um ein Gesamtbild der möglichen Vor- bzw Nachteile. Meist wird die E-Voting-Technologie dabei eher theoretisch abstrakt behandelt und weniger aus rein praktischen Gesichtspunkten.

Ausgehend von diesen beiden Sichtweisen auf die allgemeine Diskussion um die Einführung der E-Voting-Technologie, betrachten die Autoren die Technologie aus einem einzigen praktischen Blickwinkel, nämlich dem des Staates als Dienstleister der gegenüber dem Bürger die bestmögliche Demokratie mit allen unterstützenden Hilfsmitteln ermöglichen muss. Hierfür wird die weithin bekannte SWOT-(Strength, Weakness, Opportunity, Threat)Analyse aus der Sicht des Staates angewandt. Damit wird ein umfassendes Bild einer möglichen Einführung von E-Voting und der damit verbundenen Chancen und Risiken dargestellt. Hierfür wurde in 2005 von den Autoren eine Studie im Auftrag des Bundesrechenzentrums (BRZ) des Österreichischen Staates durchgeführt.¹ Aus den vielfältigen Ergebnissen der Studie konzentriert sich dieses Paper auf die Einführung der E-Voting-Technologie für politische Wahlen und den damit verbundenen Ergebnissen.

Der folgende Abschnitt behandelt die Frage: Warum die Methode der SWOT-Analyse auf die mögliche Einführung der E-Voting-Technologie für politische Wahlen anwendbar ist. Im dritten Abschnitt wird daraufhin dargestellt, wie die SWOT-Analyse auf die Thematik E-Voting angewandt wird. Der vierte Abschnitt stellt die oben genannte Studie und deren Ergebnisse im Rahmen der Befragung zum Thema: SWOT-Analyse für E-Voting dar. In der Conclusio werden die Anwendung der SWOT-Analyse sowie die damit erreichten Ergebnisse kritisch subsumiert.

2. Warum eine SWOT-Analyse für E-Voting?

SWOT² wurde als Analyse Tool für die freie Wirtschaft entwickelt und hat rasch einen Siegeszug über die ganze Welt angetreten. Heutzutage wird die SWOT-Analyse auch in vielen wissenschaftlichen Arbeiten oft selbstverständlich und ohne Rückfragen angewandt. Bestechend ist sie vor allem deshalb, weil Sie relativ „einfach“ zu verstehen und durchzuführen ist und damit eine gute Übersicht über die zu untersuchende Fragestellung bzw Problematik ergibt.

1 Vgl Prosser, A.; Heppner B. (2006): E-Demokratie in Österreich, Erfahrungen, Absichten, Einstellungen, OCG Band 201, Wien.

2 Vgl Hitt, M. A., Ireland, R. D., Hoskisson, R. E. (1997): Strategic Management: Competitiveness and Globalization; 3. Auflage. South-Western College Publishing.

In einer SWOT-Analyse werden zwei Aspekte mit einander verglichen: (i) Eine Produktlinie / ein neues Produktangebot oder die generelle Position der zu analysierenden Organisation mit (ii) der aktuellen Marktsituation oder den Konkurrenten im Markt. In diesem Vergleich werden einerseits die internen Stärken und Schwächen (i) des Produkts / der Organisation analysiert und andererseits die externen Faktoren der Chancen und Risiken im Vergleich mit der Konkurrenz bzw innerhalb der aktuellen Marktsituation (ii) untersucht. In der Praxis werden meist in Brainstorming-Sitzungen des Führungsstabes oder des zuständigen Teams die Stärken und Schwächen bzw Chancen und Risiken zur Fragestellung identifiziert. Es stellt sich die Frage, warum nun dieses Analyse Tool aus der freien Wirtschaft auf E-Voting anzuwenden ist, bzw warum und wie dies möglich ist. Bevor dies näher erläutert wird, ist aber die folgende Frage zu stellen: „Warum brauchen wir überhaupt ein Analyse Tool für die mögliche Einführung von E-Voting?“

Die Diskussion über eine mögliche Einführung der E-Voting-Technologie ist in vielen Ländern um den gesamten Erdball schon seit längerem im Gange. Wie bei jeder Einführung einer neuen Technologie stehen sich Skeptiker und Befürworter mit den verschiedensten, aber unter dem Strich doch gleich stark wirkenden Argumenten, gegenüber. Zum Beispiel fasst Will die Diskussion in Deutschland zusammen.³ Einen Überblick über die Diskussion in der Schweiz bietet Quass⁴ und für die Diskussion im Vereinigten Königreich von Großbritannien bietet Kitcat eine umfassende Übersicht.⁵ In allen Übersichten werden die Pros und Contras der möglichen Einführung der E-Voting-Technologie dargestellt, wobei diese Diskussionen aber immer aus den verschiedensten Sichtweisen mit Argumenten gefüttert sind. So könnte es zum Beispiel aus Sicht der Wähler eine Erleichterung der Wahlen geben, aus Sicht des Staates könnte es zum positiven Effekt einer höheren Wahlbeteiligung kommen, oder aus Sicht der gegenüber IT-Technologie kritisch eingestellten Personen könnte die E-Voting-Technologie eine Gefahr für die Demokratie darstellen.

Um diese vielen Sichtweisen zu einer einzigen zusammenzufassen, haben sich die Autoren für die Anwendung der SWOT-Analyse entschieden und zwar unter der Annahme, dass die E-Voting-Technologie eine

3 Vgl Will, M. (2002): Internet-Wahlen, Verfassungsrechtliche Möglichkeiten und Grenzen, Richard Boorberg Verlag; Stuttgart, München, Hannover, Berlin, Weimar, Dresden.

4 Vgl Quass, U. (2003): Click on Democracy? Vote électronique: Konzept von Online-Wahlen in der Schweiz, Diplomarbeit an der Paris-Lodron-University, Salzburg.

5 Vgl Kitcat, J. (2005): Electronic Voting: I want to understand the issues, (<http://www.j-dom.org/h/n/WRITING/nonfict/ALL/50/>); abgerufen am 03. 08. 2005.

neue Dienstleistung / ein neues Produkt des Staates (iSv i) darstellt, welcher wissen möchte warum, ob und wenn ja eine mögliche Einführung des neuen Angebots der E-Voting-Technologie für den Bürger, also auf dem Markt (iSv ii) sinnvoll ist. Zugrunde liegt hier die Annahme, dass der Staat in modernen Demokratien als Dienstleister gegenüber dem Bürger fungieren muss und im Sinne des Erhaltes der Demokratie verpflichtet ist, sein Angebot laufend auf den neuesten Stand zu bringen um dieses für den Bürger attraktiv zu halten. Besonders ausgeprägt erscheint diese Sicht in Bezug auf E-Voting in der Schweiz, wie zum Beispiel schon 2001 in einer Studie des Gottlieb Duttweiler Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft für die Schweizerische Bundeskanzlei erwähnt ist: „Wenn die Bürger sich für E-Voting begeistern sollen, muss Ihnen ein klarer Mehrwert geboten werden, denn in der E-Society ist der Kunde nicht König, sondern Tyrann – dies musste die New Economy mit Ihrer fehlenden Kundenzentrierung schmerzhaft erfahren.“⁶

3. Anwendung der SWOT-Analyse auf die mögliche Einführung der E-Voting-Technologie

Wie bereits im vorherigen Abschnitt erläutert, setzt sich in modernen Demokratien der Dienstleistungsgedanke gegenüber dem Bürger als Kunden immer weiter durch. Da nun in der allgemeinen Diskussion die zentralen Faktoren meist schon als Vor- oder Nachteile bzw Chancen oder Risiken „definiert“ sind, bzw sich immer wieder mit ähnlicher Ausprägung wiederholen, ist es für die Anwendung der SWOT-Analyse sinnvoll, die bereits in der Diskussion vorhandenen Faktoren als Basis der Analyse zu verwenden, deren „vorhandene Ausprägung“ dabei aber kritisch zu hinterfragen.

Die folgenden sechs Faktoren wurden für die durchgeführte Befragung / SWOT-Analyse, da in der Diskussion immer wiederkehrend, identifiziert. Dabei lassen sich drei Faktoren dem Bereich Stärken / Schwächen und drei Faktoren dem Bereich Chancen / Risiken zuordnen. Zugrunde liegt, wie oben erläutert, der Gedanke, dass der Staat als Anbieter fungiert und seine internen Stärken bzw Schwächen bzw auf der anderen Seite seine Positionierung am Markt gegenüber dem Bürger respektive dem Wähler in Bezug

6 Vgl GDI (2001): „Report E-Voting“, Studie für die Schweizerische Bundeskanzlei, Gottlieb Duttweiler Institut für Wirtschaft und Gesellschaft (GDI), Rüslikon.

auf eine mögliche Einführung der E-Voting-Technologie identifizieren möchte.

In der Folge wird jeder Faktor zuerst, wie in der Diskussion üblich beschrieben, sowie kritisch erläutert, warum eine umgekehrte Zuordnung iSv „doch positiv oder doch negativ“ ebenfalls möglich wäre. Zuletzt wird die Zuordnung zu internen oder externen Faktoren der SWOT-Analyse erläutert.

3.1 Stärken/Schwächen (Interne Faktoren)

Faktor 1, „Veränderung für die Verwaltung“: Es darf als sicher angenommen werden, dass die E-Voting-Technologie die Verwaltung rund um die Wahlen beeinflussen wird. Dieser Faktor wird allerdings kontrovers diskutiert, da es nicht als sicher angenommen werden kann, ob die Verwaltung letzten Endes be- oder entlastet wird. Für beide Sichtweisen gibt es Argumente in der laufenden Diskussion. Eine Erleichterung könnte die einfachere und schnellere Auszählung der Stimmen darstellen, eine Erschwernis bzw eine Erhöhung des Verwaltungsaufwandes könnte hingegen in der IT-Verwaltung der E-Voting-Technologie entstehen. Die Frage nach der „Veränderung der Verwaltung“ ist eindeutig den internen Faktoren (Stärken bzw Schwächen) der SWOT-Analyse zuzuordnen, da sie sich auf die interne Organisation der Verwaltung bezieht.

Faktor 2, „Veränderung der Kosten“: Die Einführung der E-Voting-Technologie für politische Wahlen wird mit Sicherheit einen Einfluss auf die Kosten der Durchführung der Wahlen haben. Umstritten bleibt, ob es zu einer Kostenerhöhung oder zu einer Kostensenkung kommen wird. So sind einerseits Einsparungen im Bereich der herkömmlichen Organisation von Wahlen (zB dem Drucken von Wahlzetteln, oder dem Einrichten von Wahllokalen) zu erwarten, dem gegenüber stehen aber zusätzliche Kosten für die Einführung und laufende Wartung der für E-Voting notwendigen IT-Systeme. Der Faktor „Kosten“ ist ebenfalls den Internen Faktoren in der SWOT-Analyse zuzuordnen, da die Kosten direkt die analysierende Organisation (im vorliegenden Fall den Staat) beeinflusst bzw diese durch ihn beeinflusst wird.

Faktor 3, „Änderung der Wahlperiodenlänge“: Da durch die Einführung von E-Voting der gesamte Aufwand für die Durchführung einer Wahl kurzfristig geringer sein könnte, könnte durch die Einführung der Technologie die Möglichkeit geschaffen werden, die Wahlperioden flexibler zu verlängern oder auch zu verkürzen. Meist wird in der Diskussion angenommen,

dass die Einführung der E-Voting-Technologie eine häufigere und damit direktere Beteiligung der Bürger an der Demokratie ermöglicht. Es ist generell fraglich, ob dies sinnvoll bzw notwendig ist.

3.2 Chancen/Risiken (Externe Faktoren)

Faktor 4, „Veränderung der Wahlbeteiligung“: Eine mögliche Veränderung der Wahlbeteiligung ist das am meisten für eine Einführung der E-Voting-Technologie verwendete Argument iSv „Wenn die Wahlen so viel einfacher durchführbar sind, dann werden sicher viele Wähler, die jetzt aus Bequemlichkeit nicht wählen, sich an den Wahlen beteiligen“. Natürlich beruht diese Annahme auf der in ganz Europa relativ niedrigen oder sinkenden Wahlbeteiligung gegen die die Politiker dringend Mittel suchen. Umgekehrt könnte es aber auch der Fall sein, dass E-Voting die Wahlbeteiligung verringert, weil es Wähler gibt, die sich zum Beispiel nicht mit der Technologie auskennen und für die „elektronisch“ eher ein abschreckendes Wort ist. Dieser Faktor ist eindeutig den Chancen / Risiken zuzuordnen, da es hier um die Positionierung des Staates gegenüber seinem „Kunden“ dem Bürger geht.

Faktor 5, „Veränderung der Wertigkeit“: Eine mögliche Änderung der Wertschätzung des Wahlprozesses und damit der Wahlen und der Demokratie selbst erscheint in den laufenden Diskussionen meist als ein mögliches Risiko. Die Möglichkeit von zu Hause aus am Computer oder mittels ähnlicher Technologien zu wählen, könnte den Wahlprozess abwerten, da Wahlen mit anderen elektronischen Anwendungen wie zum Beispiel Net-Banking auf eine Stufe gestellt werden könnten. Umgekehrt könnte die mögliche elektronische Durchführung die Wahlen aber auch aufwerten, da die elektronische Durchführung modern, zeitgemäß und flexibel erscheint. Dieser Faktor ist, wie bereits erwähnt, dem Feld der Chancen / Risiken, also der Positionierung des Staates gegenüber seinen Bürgern zuzuordnen.

Faktor 6: „Veränderungen für den Wähler“: Innerhalb der geführten Diskussion wird dieser Faktor meist als Stärke angeführt und kann unter anderem aus oben genannten Quellen wie folgt subsumiert werden: Die Stimmabgabe könnte vereinfacht werden, da der Wähler seine Stimme unabhängig von Zeit und Ort abgeben kann. Dies wird als Vorteil speziell für die Wähler angesehen, die sich von ihrem Wahllokal entfernt befinden (also zum Beispiel im Ausland leben). Es gibt aber auch gegenläufige Argumente, die darauf abzielen, dass die elektronische Durchführung der Wahlen von vielen Wählern (insbesondere der älteren Generation) als komplizierter und

aufwändiger wahrgenommen werden könnte. Die Veränderung für den Wähler bezieht sich eindeutig auf den Bereich „Chancen und Risiken“ in der SWOT-Analyse, da es hier um die direkte Auswirkung auf den Wähler und sein Verhalten als „Kunde“ geht.

Wie gesagt, soll hier unabhängig von den laufenden Diskussionen deutlich hinterfragt werden, ob diese „vorgegebenen“ Faktoren nun „positiv“ oder „negativ“ gesehen werden. D. h. im Sinne des oben genannten Brains-tormings in der Führungsebene wurden in der Studie Politiker bzw IT-Verantwortliche gefragt, ob Sie diese Faktoren als Stärke oder Schwäche bzw als Chance oder Risiko sehen. Die Befragten konnten die Faktoren auf einer 5-Punkte-Likert-Skala von 1 = „Dieser Faktor erscheint mir sehr negativ bzw eine klare Schwäche bzw ein klares Risiko zu sein“ bis hin zu 5 = „Dieser Faktor erscheint mir eindeutig positiv als Stärke bzw Chance“ gewichten. Im Sinne der üblichen Praxis im Qualitätsmanagement beinhaltete der Fragebogen zu den beiden Gruppen der Stärken/Schwächen bzw Chancen/Risiken jeweils eine subsumierende Kontrollfrage. „Insgesamt über alle Faktoren, würden Sie die Einführung der E-Voting-Technologie durch den Staat eher als Chance oder Risiko gegenüber der Demokratie bzw dem Bürger sehen?“ bzw „Würden Sie die Einführung der E-Voting-Technologie intern für den Staat als zukünftige Stärke oder Schwäche einschätzen?“

4. Ergebnisse der Befragung in Österreich

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse der Studie in Österreich dargestellt und diskutiert. Wichtig ist den Autoren darauf hinzuweisen, dass die Ergebnisse keinesfalls die Meinung der Autoren sondern die der befragten Politiker und IT-Verantwortlichen der Bundesländer und der 30 größten Gemeinden Österreichs darstellen. Zur genauen Methodik und Umfang der Studie sei auf diese verwiesen⁷.

Die Antworten auf die erste Frage der Gruppe **Stärken und Schwächen**: „Erwarten Sie, wenn die Wahlen elektronisch durchgeführt werden, eher eine Erleichterung oder eine Erschwerung/Verkomplizierung der Durchführung für Ihre Verwaltung?“ ergeben subsumiert die Meinung, dass zu Beginn der Einführung ein höherer Aufwand, langfristig aber ein geringerer

⁷ Prosser, A. und Heppner, B, E-Demokratie in Österreich, Erfahrungen, Absichten, Einstellungen, OCG Band 201, Wien 2006.

Aufwand für die Verwaltung entstehen wird. Der Median von 3.7 deutet darauf hin, dass die langfristige Ersparnis in Bezug auf den Aufwand sehr positiv gesehen wird. Die Tendenz ist eindeutig, jedoch ist natürlich kritisch anzumerken, dass der wirkliche Aufwand in Bezug auf die Einführung der E-Voting-Technologie nur schwer abschätzbar ist. Als positives Signal für eine mögliche Einführung der E-Voting-Technologie ist dies aber auf jeden Fall zu werten, da ja letztendlich die befragten Verantwortlichen im Staat den vermutlich höheren Erstaufwand zu tragen hätten.

Die zweite Frage in der Gruppe Stärken und Schwächen bezieht sich auf die möglichen Kosten, welche durch die Einführung und den Betrieb der E-Voting-Technologie für politische Wahlen entstehen würden. „Glauben Sie, dass langfristig durch eine elektronische Durchführung die Kosten für die Durchführung der Wahlen gesenkt werden können, oder dass diese eher steigen werden?“ Das Ergebnis dieser Frage ergibt einen Median von 3.3, welcher zwar nur leicht aber doch positiv ist. Das bedeutet die Mehrheit der Befragten erwartet langfristig eine mögliche Kostensenkung durch eine Implementierung der E-Voting-Technologie. In der allgemeinen Diskussion steht diese Frage relativ ungeklärt im Raum, da eine Berechnung der möglichen Kosten rein hypothetisch bzw nahezu unmöglich ist.

Die Dritte oben definierte mögliche Stärke oder Schwäche beschäftigt sich mit einer möglichen Änderung der Wahlperioden: „Wenn elektronisch, erwarten Sie eine Veränderung in der Häufigkeit der Verwendung der einzelnen Instrumente?“ In Bezug auf E-Voting für politische Wahlen ergab die Auswertung der Ergebnisse einen Median von 3.1. Dieses fast neutrale Ergebnis zeigt deutlich, dass die Befragten eine Veränderung der Wahlperioden ganz unabhängig von der zur Durchführung der Wahlen genutzten Technologien nicht hinterfragen bzw nicht über den „Horizont der bestehenden Wahlperioden“ hinausblicken wollen oder können. Dieser Rückschluss ist auch deshalb möglich, da für die anderen abgefragten Instrumente (zB für Bürgerbefragungen) eine häufigere Anwendung angenommen wird. Selbstverständlich ist hier kritisch anzumerken, dass die Befragten zur Hälfte selber Politiker sind, die eine häufigere und direktere Kontrolle durch Wahlen von Natur aus eher ablehnen müssen.

Die Kontrollfrage zum ersten Block: „Sehen Sie eher Stärken oder Schwächen in Bezug auf eine mögliche Einführung der E-Voting-Technologie?“ ergab einen sehr positiven Median von 4.0. Im Vergleich mit dem Durchschnitt der Mediane der einzelnen Fragen von 3.4 gibt es eine zu beachtende Differenz. Diese Differenz lässt sich einerseits auf die erwähnte neutrale Sicht auf eine mögliche Veränderung der Länge der Wahlperioden zurückführen, andererseits darauf, dass die Frage nach den Kosten skep-

tisch beantwortet wurde und der Median in Richtung der neutralen Linie tendiert. Der Kostenpunkt scheint aber die Gesamtbewertung der Stärken und Schwächen nicht stark zu beeinflussen, da ein Großteil der Befragten der Meinung ist, dass der Staat sich als Dienstleister positionieren und dem Bürger ungeachtet der möglichen Kosten den modernsten Service bieten muss. Generell merken die Autoren kritisch an, dass es, wie gesagt, noch keine evidente Kostenschätzung gibt. Anzunehmen ist aber, dass bei weiteren Tests und einer möglichen schrittweisen Einführung der E-Voting-Technologie eine solche immer genauer werden kann. In der weiteren Entwicklung wird daher dieser Punkt immer wieder hinterfragt werden müssen. Sollten die Kosten im Vergleich zum gebotenen Nutzen in keinem Verhältnis stehen, könnte es auch zwischenzeitlich zu einem Abbruch der Einführung bzw einer Einstellung der Weiterentwicklung kommen.

Die Abwägung der **Chancen und Risiken** einer Einführung der E-Voting-Technologie ist wie oben definiert eine Abwägung der Positionierung der vom Staat angebotenen „Leistungen“ gegenüber dem Bürger, respektive also dem Wähler als „Konsument“. Der erste Punkt im Block „Chancen und Risiken“ stellt die Frage nach der Wahlbeteiligung. Im Sinne der Positionierung kann dies als die „Nachfrage des Bürgers“ nach der Leistung „Demokratie bzw Wahlen“ gesehen werden. Den Befragten wurde folgende Frage gestellt: „Wenn die Wahlen elektronisch durchgeführt werden, erwarten Sie eine Änderung der Wahlbeteiligung?“ Die Erwartungen sind hier deutlich positiv mit einem Median von 3.8. Insgesamt erwarten die Befragten also eine positive Auswirkung von „E-Voting“ auf die Wahlbeteiligung, es gab aber durchaus auch kritische Stimmen, die nicht an eine Erhöhung glauben.

Der nächste Faktor im Block Chancen und Risiken stellt die Frage, ob sich die Wertigkeit der Wahlen durch eine Einführung der E-Voting-Technologie verändern wird. „Erwarten Sie eine Veränderung der Wertschätzung des Wahlprozesses, wenn die Wahlen mittels der E-Voting-Technologie durchgeführt würden?“ Auch bei dieser Frage erwarten mehr als die Hälfte der Befragten Verantwortlichen mit einem Median von 3.1 einen positiven Einfluss der E-Voting-Technologie.

In dieselbe Richtung geht daher auch der letzte Punkt im Block der potentiellen Chancen und Risiken: „Die Veränderung für den Wähler an sich.“ Mit folgender Frage wurden die Befragten konfrontiert: „Glauben Sie, eine Einführung der E-Voting-Technologie für politische Wahlen wird für die Wähler den Wahlprozess vereinfachen oder verkomplizieren?“ Die Antworten waren mit einem Median von 4.3 durchschnittlich sehr positiv. Auch hier zeigt sich deutlich der Servicegedanke der Staatsbediensteten, da von

einer Einführung im Sinne des Wählers, also verbunden mit einer Verbesserung für den Wähler per se ausgegangen wird.

Mit der Kontrollfrage: „Sehen Sie eher Chancen oder Risiken in einer Einführung der E-Voting-Technologie für politische Wahlen?“ wurde auch bei diesem Block die Befragung beendet. Das Ergebnis von 3,6 liegt etwas unter dem Durchschnitt der einzelnen Fragen von 3,7. Direkt gefragt sehen die Befragten hier also eher Risiken, als bei den detaillierten Fragen. Insgesamt führt dies zur Schlussfolgerung, dass das Thema E-Voting für politische Wahlen mehr mit dem Begriff „Risiko“ als mit dem Begriff „Chance“ in Verbindung gebracht wird und um die E-Voting-Technologie einzuführen ein hohes Maß an Effektivität und vor allem Benutzerfreundlichkeit notwendig ist. Sollte hier nachlässig agiert werden, könnte das „dünne positive Polster der Erwartungen“ schnell in Enttäuschung umschlagen.

5. Conclusion

Der Versuch, mit den Antworten der verantwortlichen Politiker und IT-Verantwortlichen in den Bundesländern und Gemeinden Österreichs eine SWOT-Analyse vorzunehmen, ist durchwegs geglückt. Die adaptierte SWOT-Analyse, die eingesetzt wurde, damit der Staat als Dienstleister gegenüber dem Bürger die mögliche Einführung der E-Voting-Technologie bewerten kann, hat sich als nützlich erwiesen. So konnte eine gute Übersicht darüber gewonnen werden wie „der Staat“ selbst (respektive die Verantwortlichen) die Chancen und Risiken der Technologie einschätzten und ob von ihrer Seite der Wille bzw die Unterstützung für eine potentielle Einführung vorhanden ist. Diese Unterstützung bzw der Wille zur Einführung scheint auf breiter Basis vorhanden zu sein, da alle aus der laufenden allgemeinen Diskussion zusammengefassten Faktoren von den Befragten mehrheitlich durchweg als Stärke bzw als Chance klassifiziert wurden. Ein weiteres spannendes Ergebnis der Studie ist die eindeutige Sicht der Verantwortlichen, dass eine Einführung der E-Voting-Technologie unabhängig von Kosten und Aufwand als Dienstleistung für den Bürger und damit als Stärkung der Demokratie sinnvoll und notwendig ist. Dieses Ergebnis wird durch die „Willenserklärung“ der aktuellen Regierung in Österreich auf höchster Ebene unterstrichen, die in ihrem Regierungsprogramm die Einführung von E-Voting als Ziel festgeschrieben hat.